

EZB und Staatsfinanzierung

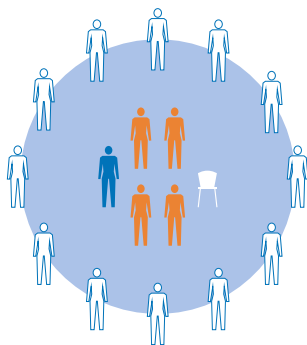
ARBEITSVORSCHLAG: FISH-BOWL-DEBATTE

1. Lesen Sie das Streitgespräch aus der Süddeutschen Zeitung (M1). Fassen Sie die Argumente der drei Beteiligten in Stichworten zusammen und finden Sie eine passende Überschrift oder ein Motto zu jeder Position.

2. Wählen Sie eine der drei Positionen und bilden Sie eine entsprechende Gruppe mit anderen, die sich ähnlich entschieden haben. Sammeln Sie auf der Basis des Streitgesprächs Argumente für Ihre Position, wählen Sie einen passenden Zusatztext für Ihre Gruppe aus (M 2-4) und ergänzen Sie eigene Ideen. Bereiten Sie sich auf eine Diskussion der folgenden Fragen vor und notieren Sie dazu Stichworte:

- Wie beurteilen Sie das derzeitige Wirtschaftssystem? Mit welchen Argumenten stützen Sie dieses Urteil?
- Was soll Ihrer Meinung nach eine Zentralbank leisten, was ist ihre zentrale Aufgabe?
- Was denken Sie über »monetäre Staatsfinanzierung«? Soll eine Zentralbank direkt Kredite an Staaten vergeben? Welche Vor- oder Nachteile hätte das aus Ihrer Sicht?
- Was spricht aus Ihrer Sicht dafür oder dagegen, dass Staaten Kredite am Markt, also bei Banken aufnehmen?
- Soll eine Zentralbank politisch unabhängig sein? Wie beurteilen Sie das Verhältnis von Zentralbank und Demokratie?

Wählen Sie eine_n Vertreter_in Ihrer Gruppe für eine Diskussion im Fish-Bowl. _____



FISH-BOWL (AQUARIUM, AUSSENKREIS-INNENKREIS)

Die Fish-Bowl-Debatte ist ein kommunikatives Verfahren, um Argumente oder Gruppenarbeitsergebnisse lebhaft auszutauschen. Es eignet sich besonders, um kontroverse Diskussionen zu führen, zu beobachten und auszuwerten. Durch den Aufbau der Stühle als Innen- und Außenkreis mit einem freien Stuhl im inneren Kreis haben alle Lernenden die Möglichkeit, an der Diskussion teilzunehmen.

Vorgehen:

Die Teilnehmer_innen bereiten auf Basis ausgewählter Materialien die Position ihrer Gruppe in der Diskussion vor. Eine Moderation sowie je ein_e Vertreter_in pro Interessengruppe werden gewählt, welche_r in der Diskussion mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Die Vertreter_innen der Gruppen und die Moderation nehmen im inneren Sitzkreis Platz, in dem auch ein freier Stuhl stehen bleibt. Das Publikum platziert sich in einem äußeren Sitzkreis um den inneren herum und hat jederzeit die Möglichkeit, den freien Stuhl im Innenkreis zu besetzen und sich somit in die Diskussion einzubringen. Nach einem Redebeitrag nimmt die Person ihren Platz im Publikum ein, sodass der Stuhl im inneren Kreis wieder frei ist. Es besteht keine strenge Abfolge der Redebeiträge, die Moderation hat die Aufgabe, die Diskussion zu eröffnen und ggf. zu leiten und zu strukturieren.

Anschließend folgt idealerweise eine Reflexionsphase, in der die verschiedenen Argumente ausgewertet und der Ablauf der Diskussion reflektiert werden. Welche Argumente waren am überzeugendsten, welche wurden nicht genannt? Inwiefern wurden Veränderungen im Meinungsbild der Gruppen oder des Publikums herbeigeführt? Wurde ein Konsens gebildet oder stehen sich die Gruppen immer noch gegenüber? Hatten alle Beiträge die gleiche Relevanz oder gab es Machtungleichgewichte während der Anhörung?

M1 Streitgespräch zwischen Benoît Cœuré, Mitglied des EZB-Direktoriums, Werner Rätz (Attac) und Mischa Aschmoneit (Blockupy)

1 [...] **Herr Rätz, was stört Sie an der EZB am stärksten?**

2 **RÄTZ:** Uns stört die Rolle der EZB im Rahmen
3 der Troika. Zusammen mit dem Internationalen
4 Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission
5 hat die EZB eine Politik betrieben, die zu dra-
6 matischen Folgen in den Krisenländern führte,
7 zum Teil sind die Folgen tödlich. In Spanien sind
8 400.000 Menschen aus ihren Wohnungen vertrie-
9 ben worden, in Griechenland hat fast ein Drittel
10 der Bevölkerung keinen Zugang mehr zum Ge-
11 sundheitssystem und 40 Prozent der Menschen
12 dort sind arm. Das steht alles nachweisbar mit
13 der Troika-Politik im Zusammenhang. Da ist es
14 ein bisschen billig zu sagen, dass die EZB nur das
15 Beste will. Ich glaube Ihnen das als Person, Herr
16 Cœuré, aber die EZB trägt zur Spaltung, nicht
17 zum Zusammenhalt Europas bei.

18 **CŒURÉ:** Lassen Sie uns sorgfältig unterscheiden
19 zwischen unserer Kernaufgabe, der Geldpolitik,
20 und unserer Rolle in der Troika. Die EZB hat seit
21 2007 viele geldpolitische Entscheidungen getro-
22 fen mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum in der
23 Eurozone zu stärken und dabei die Preisstabilität
24 wieder herzustellen. Das hat viele Europäer vor
25 Armut bewahrt. Als Teil der Troika haben wir
26 nichts entschieden. Wir haben Eurogruppe und
27 EU-Kommission beraten, und zwar in Fragen,
28 in denen wir die technische Kompetenz haben,
29 insbesondere Finanzmarktstabilität, Bankenrefor-
30 men und makroökonomische Ungleichgewichte.
31 Die Entscheidungen haben die Länder getroffen,
32 die Geld bekommen haben, mit ihren jeweiligen
33 demokratischen Verfahren, und die Euro-Gruppe,
34 die das Geld bereitgestellt hat.

35 **Sie verstecken sich hinter der Beraterrolle. Die hätten Sie auch ablehnen können.**

36 **CŒURÉ:** Tatsächlich hat uns niemand gezwun-
37 gen, die EZB ist unabhängig. Aber wir meinen,
38 es war im kollektiven Interesse, diese Reform-
39 maßnahmen zu empfehlen, auch um den Effekt
40 unserer geldpolitischen Entscheidungen zu maxi-
41 mieren. Wir stehen dazu.

42 **ASCHMONEIT:** Der IWF, der ja nicht für Links-
43 radikalität bekannt ist, sagt, dass Sparen der fal-
44 sche Weg ist. Es gibt viel zu wenige Investitionen.
45 Die Internationale Arbeitsorganisation ILO sagt,
46 dass die Arbeitslosenrate im Euroraum massiv ge-
47 stiegen und ein Viertel der Gesamtbevölkerung
48 akut von Armut bedroht ist. Die EZB produziert
49 Krisenverlierer und Krisengewinner. Letztes Jahr
50 ist das Vermögen der Reichen in Westeuropa um

51 5,2 Prozent gestiegen. Der US-Investor Warren
52 Buffet hat gesagt, es herrsche Klassenkrieg, und
53 es sei seine Klasse, die der Reichen, die gewinne.
54 Ihre Politik, Herr Cœuré ist darauf ausgerichtet,
55 große Teile der Bevölkerung zu verarmen und die
56 Profite der Wenigen zu sichern.

57 **CŒURÉ:** Unsere Adressaten sind nicht die Rei-
58 chen, sondern die Bürger Europas. Die EZB muss
59 für alles, was sie tut, vor dem Europäischen Par-
60 lament Rechenschaft ablegen, und dieses Parla-
61 ment ist von den Bürgern direkt gewählt. Wir sind
62 nicht dafür zuständig, die Einkommensverteilung
63 in Europa zu verändern. Das ist die Aufgabe der
64 Politik, deshalb haben wir politische Parteien, die
65 darüber streiten, wie Einkommen unverteilt wer-
66 den sollen. Wenn wir eine bestimmte Einkom-
67 mensverteilung anstreben würden, wäre das ein
68 klarer Verstoß gegen unser Mandat. Das sollten
69 wir lassen.

70 **RÄTZ:** Es geht der EZB nicht um die Bürger
71 Europas. Die werden auch nicht gefragt. Nehmen
72 wir Griechenland. Seit 2010 ist die Wirtschaft
73 dort um 25 Prozent eingebrochen. Im laufen-
74 den Jahr erwartet man 0,7 Prozent Wachstum.
75 Das ist extrem wenig. Wir werden die Erholung
76 Griechenlands nicht mehr erleben. Die Troika-
77 Empfehlungen werden dem Volk nicht vorgelegt,
78 obwohl die Maßnahmen tief eingreifen in die Ge-
79 sellschaft: Die Gehälter und Renten werden ge-
80 senkt, die Arbeitslosenversicherung gekürzt, die
81 Krankenhausversorgung verschlechtert. Das ist
82 keine Politik für die Bevölkerung, das ist Politik
83 für die Banken.

84 **CŒURÉ:** Wir haben die Troika-Beschlüsse aus
85 guten Gründen unterstützt, denn wir reden von
86 Staaten, die sich am Finanzmarkt riesige Geld-
87 summen geliehen haben, weil die Steuerein-
88 nahmen nicht reichten. Griechenland, Portugal,
89 Irland und Zypern haben zu viel Geld ausgege-
90 ben. Dann gab der Markt plötzlich keinen Kredit
91 mehr. Ohne die Hilfen seitens der EU und des
92 IWF wäre es in diesen Staaten viel schlimmer ge-
93 worden – vor allem für die armen Bürger. Denn
94 dann hätten die Staaten über Nacht ihre Ausgabe
95 den Einnahmen anpassen müssen. In 2010 etwa
96 hätte in Griechenland ein Primärdefizit von 10,5
97 Prozent sofort ausgeglichen werden müssen. Die
98 sozialen Verluste wären also viel höher gewesen als
99 durch die Reformprogramme.

100 **Herr Aschmoneit, was hätte die EZB stattdessen tun sollen?**

101 **ASCHMONEIT:** Es geht weniger um die EZB.

105 Das ist ein Systemversagen. Der Kapitalismus ist
 nicht in der Lage, den gemeinschaftlich erwirt-
 schafteten Reichtum so zu verteilen, dass die Be-
 dürfnisse der Bürger befriedigt werden können.
 Nicht einmal die Bürger, die arbeiten, haben ge-
 110 nug. Manche Menschen haben drei Jobs und sind
 trotzdem arm. Deshalb muss das kapitalistische
 System überwunden werden. Wir treten für eine
 Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein.

Das hat schon einmal nicht geklappt.

115 **ASCHMONEIT:** Die Vermögen der Reichen
 wachsen, den Armen wird genommen – auch
 durch die EZB. Manche Menschen nehmen sich
 aus Verzweiflung den Strick. In Griechenland hat
 sich die Selbstmordrate verdreifacht. Wir erinnern
 120 uns an den Brief, den die EZB 2011 an die italia-
 nische Regierung geschickt hat. Die EZB drohte,
 das Ankaufprogramm für Staatsanleihen zu stop-
 pen, wenn die italienische Regierung nicht sofort
 parieren würde. Das war ein Erpressungsversuch.

125 **CŒURÉ:** Die EZB erpresst niemanden. Der
 angesprochene Fall hing mit dem Staatsanleihen-
 Kaufprogramm SMP zusammen. Der EZB ging
 es darum zu sagen, dass unsere Geldpolitik nur
 wirken kann, wenn die Regierungen Reformen
 130 machen, die an die Wurzeln der Krise gehen.
 Wenn das nicht gegeben ist, kann keine geldpoli-
 tische Maßnahme die gewünschten Effekte haben.

ASCHMONEIT: Das nennt man das Vorzeigen
 der Folterinstrumente. Dieser Erpressungsversuch
 135 ist nur Teil der kleinen Schweinereien. Im Großen
 geht es uns darum, das Wirtschafts- und Gesell-
 schaftssystem zu ändern. Drunter geht es nicht.

RÄTZ: Aber auch im Rahmen des bestehenden
 Wirtschaftssystems hätte die EZB Handlungsalter-
 140 nativen. Manchmal nutzt sie ja ihre Freiheit durch
 ein kreatives Interpretieren der Verträge, etwa
 beim Rettungsprogramm OMT. Doch wenn es
 um das Wohlergehen der Menschen geht, dann
 bleibt die EZB stur. Herr Cœuré, geben Sie das
 145 Geld nicht den insolventen Banken. Legen Sie ein
 Investitionsprogramm für die soziale Absicherung
 auf!

CŒURÉ: Zunächst zur Äußerung von Herrn
 Rätz. Das ganz eng gefasste primäre Ziel der EZB
 150 ist es, die Preise in der Eurozone stabil zu halten.
 Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es sehr viele ver-
 schiedene Instrumente, die wir je nach Situation
 eingesetzt haben. Die EZB kann ihre Instrumente
 selbst auswählen, aber sie darf den Vertrag nicht
 155 neu interpretieren.

Jetzt zum Thema Kapitalismus: Ich respek-
 tie ihre Überzeugung, Herr Aschmoneit, aber das
 ist ein Thema, das außerhalb der Verantwortung
 der EZB liegt. Wir arbeiten in einem Umfeld von

160 Verträgen, nach denen Europa als soziale Markt-
 wirtschaft gestaltet ist, und diesen Verträgen ha-
 ben die europäischen Wähler zugestimmt. In dies-
 165 er Marktwirtschaft arbeitet die EZB.

**Was ist Ihre persönliche Meinung zum
 Kapitalismus?**

CŒURÉ: Mit dem Kapitalismus verhält es sich
 meiner Meinung nach so, wie es der frühere bri-
 tische Premier Winston Churchill über die De-
 170 mokratie gesagt hat: Es ist das schlechteste aller
 Systeme, abgesehen von all denen, die bislang aus-
 probiert wurden. Der Kapitalismus kann sehr ge-
 fährlich und brutal sein und die Märkte haben die
 Finanzkrise ausgelöst. Deshalb braucht man stren-
 ge und genau kontrollierte Regeln, damit der Ka-
 175 pitalismus funktioniert. Die Marktwirtschaft hat
 in den vergangenen 40 Jahren hunderten Millio-
 nen Menschen den Sprung aus der Armut ermög-
 licht. In Europa haben wir politische Institutionen,
 die dem Markt Regeln setzen können. Das ist auf
 globaler Ebene allerdings nicht so: Da haben wir
 180 zwar globale Marktwirtschaft, aber keine globalen
 Institutionen. Es ist der große Wert von Europa,
 dass wir diese Kontrolle über die Marktwirtschaft
 haben und das sollten wir nutzen.

RÄTZ: Das stimmt doch nicht. Sie regulieren
 den Kapitalismus doch nicht. Sie schaffen immer
 mehr Freiräume für den Kapitalismus. Sie greifen
 zum Beispiel mit dem Memorandum für Grie-
 185 chenland massiv in die Rechte auf Gesundheits-
 versorgung und Tarifautonomie ein. Ich habe kei-
 ne Stellungnahme der EZB gelesen, in der stünde,
 dass sich Europa mehr um die Regulierung des
 Kapitalismus kümmern müsste. Ich akzeptiere
 190 aber, dass die EZB in einer schwierigen vertragli-
 chen Situation ist. Ihr Mandat ist zu eng auf Geld-
 wertstabilität ausgerichtet. Die EZB sollte Staaten
 finanzieren können. Allerdings ist die EZB un-
 abhängig und entzieht sich damit demokratischer
 Kontrolle. Die EZB könnte selbst einen Vorschlag
 200 machen, wie sie sich besser demokratischer Kon-
 trolle unterwerfen könnte.

CŒURÉ: Bei der Staatsfinanzierung ist die Ant-
 wort einfach: Die Verträge verbieten uns eine sol-
 che Rolle. Ich persönlich glaube, dass es keine gute
 205 Idee ist, den Regierungen Zugang zur Notenpresse
 zu geben, wenn man eine stabile Währung haben
 möchte. Das hat die Geschichte gezeigt. Staatliche
 Ausgaben müssen aus Steuereinnahmen bezahlt
 werden, entweder heute oder später – und die
 210 Entscheidung, wer wie viel Steuern zahlen muss,
 müssen die nationalen Parlamente treffen. Wenn
 Geldpolitik zur Finanzierung von Regierungen
 benutzt wird, geht die demokratische Kontrolle
 über diese Schlüsselfrage verloren. Zu Ihrem

- 215 zweiten Punkt: Je unabhängiger eine Institution ist, desto mehr Rechenschaft sollte sie ablegen.
 . Wir haben dabei schon viele Fortschritte gemacht.
 . Wir sprechen jedes Quartal vor dem Europäischen
 . Parlament, wir arbeiten daran die Protokolle unserer
 220 Ratsitzungen zu veröffentlichen, wir pflegen
 . einen intensiven Dialog mit verschiedenen Stake-
 . holdern in allen europäischen Ländern. Ich habe
 . kürzlich mit Gewerkschaften in Portugal über das
 . dortige Anpassungsprogramm gesprochen und
 225 gemeinsam mit dem EZB-Präsidenten den griechischen
 . Oppositionsführer, Herrn Tsipras getroffen, der nun nicht direkt unsere Meinungen teilt.
 . Es ist wichtig, dass wir auch mit jenen sprechen, die anders denken als wir.
- 230 **RÄTZ:** Die Verschuldung der europäischen Staaten ist untragbar. Es gibt da kein Rauswachsen oder Raussparen. Warum nimmt die EZB keine aktivere Rolle ein und schlägt Schuldenschnitte vor, etwa nach dem Vorbild der Londoner Schuldenkonferenz nach dem Zweiten Weltkrieg?
- 235 **CEURÉ:** Die EZB hat sich nie für Schuldenschnitte von Staaten ausgesprochen, weil das Ansteckungseffekte in anderen Ländern haben kann und das langfristige Vertrauen der Investoren beeinträchtigt wird. Wir reden über Staaten, die den Marktzugang bewahren oder wieder erlangen müssen. Anders sieht das mit Schuldenschnitten bei Banken aus: Ich bin sehr dafür, dass die Gläubiger von Banken im Ernstfall auf ihr Geld
- 240 verzichten müssen, um den Steuerzahler vor Verlusten zu schützen.
- 245 **ASCHMONEIT:** Die EZB stellt Preisstabilität her, indem sie die Bevölkerung Südeuropas so sehr verarmen lässt, dass sie kaum noch etwas kaufen kann. Die neoliberale Politik muss aufhören. Selbst in kapitalistischer Logik könnten Sie in Richtung Marshallplan gehen, sprich, Sie müssten die betroffenen Länder unterstützen und investieren statt sie kaputt zu sparen. Ihre Politik zerstört die Gesellschaften in Europa, das spiegelt sich auch in der EU-Wahl wieder: Die rassistischen Tendenzen nehmen in vielen EU-Ländern zu. Auf dieser Basis wird die Arbeit, die Sie bisher machen, nicht mehr möglich sein. Sie werden es beenden müssen – so oder so.
- 250 **CEURÉ:** Wir glauben, dass es notwendig ist, dass die Staaten Strukturreformen zugunsten nachhaltigen Wachstums durchführen. Aber ich stimme in einem Punkt zu: Wir brauchen mehr Investitionen in Europa. Die Investitionen sind in der Krise zu stark zurückgegangen, aber sie sind für die Zukunft der Menschen wichtig. Das ist aber nicht nur die Aufgabe der Staaten, die bei ihren Ausgaben Investitionen Priorität einräumen sollten, sondern auch des privaten Sektors. Die Staaten müssen die Rahmenbedingungen schaffen, um private Investitionen anzuregen. ■ Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 28.06.2014



Go-In-Aktion: Attac-Aktive versuchen im Juli 2015 in die Europäische Zentralbank zu gelangen um EZB-Präsident Mario Draghi zu sprechen
 Foto: Attac

M2 Perspektive Marktwirtschaft

1 Monetäre Staatsfinanzierung ist verboten

1 Aufruf von 136 Ökonomen zur Währungspolitik der
EZB

5 [...] Artikel 123 des Vertrages über die Arbeits-
weise der Europäischen Union untersagt der
EZB [...] eine monetäre Staatsfinanzierung der
Mitgliedstaaten [...]. Anleihekäufe im Sekun-
därmarkt sind nur zulässig, wenn sie nicht der
10 monetären Staatsfinanzierung, sondern geldpoli-
tischen Zielen dienen. [...] Die monetäre Staats-

finanzierung ist zu Recht verboten, weil sie die
Unabhängigkeit der Zentralbank gefährdet. Die
Zentralbank soll das Preisniveau stabil halten. Es
15 ist nicht ihre Aufgabe, die Risikoprämien zu ver-
ringern, die die Mitgliedstaaten auf ihre Anleihen
am Markt zahlen müssen. [...] Sie sollte dagegen
unabhängig von der Politik sein. Das ist sie aber
nicht, wenn sie sich bereit findet, durch Anlei-
20 hekäufe die Haushaltsdefizite der Mitgliedstaaten
zu finanzieren. ■ Quelle: Der Aufruf erschien zuerst in der *Frankfurter*

Allgemeinen Zeitung vom 11.9.2013

M3 Perspektive wirtschafts- politische Alternativen

1 Direktfinanzierung der Staaten durch die EZB

Das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Eu-
ropäische Zentralbank (EZB) sollte aufgehoben
5 werden. So könnten die Zinssätze der EZB direkt
durchgereicht werden. Die EZB gibt bisher den
Banken billige Kredite (zur Zeit für unter 1%),
um den Kreditmarkt liquide zu halten. Diese ver-
geben Kredite an die Krisenstaaten jedoch nur mit
10 mehreren Prozent Aufschlag (für Spanien zur Zeit
bis zu 7%). Je höher die Zinssätze, desto schwerer

wird es für die Krisenstaaten, sich zu entschulden.
Die direkte Kreditvergabe an den Staat, die in der
EU verboten ist, ist in den meisten Staaten der
15 Welt eine selbstverständliche Option. Großbritan-
nien und die USA haben zum Beispiel erhebliche
Teile des Konjunkturprogramms 2009 durch die
Notenbank finanziert. Solche Maßnahmen lösen
nicht zwingend eine Inflation aus. Die Menge des
20 zirkulierenden Geldes muss nur der Menge der zu
verteilenden Waren angemessen sein. ■ Quelle: Vorschlä-
ge der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern vom 26.06.2013

M4 Perspektive Kapitalismuskritik Zentralbanken und Kapitalismus

1 [...] Über die Geldzirkulation wird die Verteilung
der gesellschaftlichen Arbeit geregelt, die Voraus-
setzung für die Befriedigung der gesellschaftlichen
Bedürfnisse ist. Daher ist es notwendig, die EZB
5 und die nationalen Zentralbanken unter demo-
kratische Kontrolle zu bringen. Die Geldpolitik
der EZB darf nicht mehr einseitig auf das Ziel der
Preisstabilität ausgerichtet werden. Die EZB muss
das Recht erhalten, an Staaten direkt Kredite zu
10 vergeben. [...] Eine demokratische Kontrolle der
Zentralbanken wird allerdings nicht ausreichen,
um die Geldzirkulation an den gesellschaftlichen
Bedürfnissen auszurichten, solange die Kredit-
vergabe der Banken ausschließlich Profitmotiven

15 folgt. Auch demokratisch kontrollierte Zentral-
banken können ein System privater Banken, die
in Konkurrenz zueinander stehen, nicht steuern.
[...] Notwendig wäre also eine Vergesellschaftung
nicht nur des Finanzsektors, sondern aller kapita-
20 listischen Unternehmen. Dies würde bedeuten,
dass die Lohnabhängigen sich die Produktions-
mittel aneignen und selbst kollektiv entscheiden,
was und wie produziert wird. [...] Dies wäre das
Ende der Zentralbanken und der Geldwirtschaft
25 insgesamt. ■ Quelle: Thomas Sablowski, Etienne Schneider: *Verarmung*
Made in Frankfurt/M. Die Europäische Zentralbank in der Krise. Rosa-Luxemburg-
Stiftung Standpunkte 6/2013